



Die nationale Streitbeilegungsstelle informiert:

Leitfaden für die Übermittlung von Verträgen/Vereinbarungen

1. Welche Verträge/Vereinbarungen sind der Beschlusskammer 11 vorzulegen?

- Verträge über Mitnutzung passiver Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze (§ 138 Abs. 4 TKG)
- Vereinbarungen über die Koordinierung von Bauarbeiten (§ 143 Abs. 5 TKG)
- Verträge über die Mitnutzung sonstiger physischer Infrastruktur für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite (Small Cells; § 154 Abs. 5 TKG)
- Verträge über einen offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationsnetzen oder –linien (§ 155 Abs. 3 TKG)

2. Wer ist Verpflichteter?

- Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Versorgungsnetze (bei Mitnutzung passiver Infrastrukturen und Koordinierung von Bauarbeiten; § 138 Abs. 4 TKG sowie § 143 Abs. 5 TKG)
- Eigentümer oder Betreiber sonstiger physischer Infrastrukturen (bei Mitnutzung für Small Cells; § 154 Abs. 5 TKG)
- Eigentümer oder Betreiber öffentlich geförderter Telekommunikationsnetze und -linien (bei Mitnutzung öffentlich geförderter Telekommunikationsnetze und -linien; § 155 Abs. 3 TKG)

3. Welche Mitnutzungsverträge zu passiven Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze sind vorzulegen?

- Vorzulegen sind Verträge über die Mitnutzung der passiven Netzinfrastrukturen der öffentlichen Versorgungsnetze für den Einbau von Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität.
- Passive Netzinfrastrukturen sind Komponenten eines Telekommunikationsnetzes, die andere Netzkomponenten aufnehmen sollen, selbst jedoch nicht zu aktiven Netzkomponenten werden; hierzu zählen zum Beispiel Fernleitungen, Leer- und Leitungsrohre, Kabelkanäle, Kontrollkammern, Einstiegsschächte, Verteilerkästen, Gebäude und Gebäudeeingänge, Antennenanlagen und Trägerstrukturen wie Türme, Lichtzeichenanlagen (Verkehrsampeln), öffentliche Straßenbeleuchtung, Masten und Pfähle (§ 3 Nr. 45 TKG).

Kabel, einschließlich unbeschalteter Glasfaserkabel, sind keine passiven Netzinfrastrukturen.

- Öffentliche Versorgungsnetze sind entstehende, betriebene oder stillgelegte physische Infrastrukturen für die öffentliche Bereitstellung von

Erzeugungs-, Leitungs- oder Verteilungsdiensten für

- Telekommunikation,
 - Gas,
 - Elektrizität, einschließlich der Elektrizität für die öffentliche Straßenbeleuchtung,
 - Fernwärme oder
 - Wasser,
- (zu den öffentlichen Versorgungsnetzen zählen auch physische Infrastrukturen zur Abwasserbehandlung und -entsorgung sowie die Kanalisationssysteme; ausgenommen ist Trinkwasser im Sinne des § 3 Nr. 1 der Trinkwasserverordnung)

und

Verkehrsdienste, insbesondere Schienenwege, Straßen, Wasserstraßen, Brücken, Häfen und Flugplätze (§ 3 Nr. 43 TKG).

- Ein Netz mit sehr hoher Kapazität ist ein Telekommunikationsnetz, das entweder komplett aus Glasfaserkomponenten zumindest bis zum Verteilerpunkt am Ort der Nutzung besteht oder das zu üblichen Spitzenlastzeiten eine vergleichbare Netzleistung in Bezug auf die verfügbare Downlink- und Uplink-Bandbreite, Ausfallsicherheit, fehlerbezogene Parameter, Latenz und Latenzschwankungen bieten kann; die Netzleistung kann unabhängig davon als vergleichbar gelten, ob der Endnutzer Schwankungen feststellt, die auf die verschiedenen inhärenten Merkmale des Mediums zurückzuführen sind, über das das Telekommunikationsgesetz letztlich mit dem Netzanschlusspunkt verbunden ist (§ 3 Nr. 33 TKG).
- Von § 138 Abs. 4 TKG werden zum Beispiel Miet- oder Pachtverträge, aber auch Verträge, die im Zuge eines Betreibermodells geschlossen werden, erfasst.

Nicht gemeint sind Kaufverträge über passive Netzinfrastrukturen.

4. Welche Vereinbarungen über die Koordinierung von Bauarbeiten sind vorzulegen?

- Vorzulegen sind Vereinbarungen über die Koordinierung von Bauarbeiten im Hinblick auf den Ausbau der Komponenten von Netzen mit sehr hoher Kapazität.

- Ein Netz mit sehr hoher Kapazität ist ein Telekommunikationsnetz, das entweder komplett aus Glasfaserkomponenten zumindest bis zum Verteilerpunkt oder am Ort der Nutzung besteht oder das zu üblichen Spitzenlastzeiten eine vergleichbare Netzleistung in Bezug auf die verfügbare Downlink- und Uplink-Bandbreite, Ausfallsicherheit, fehlerbezogene Parameter, Latenz und Latenzschwankung bieten kann; die Netzleistung kann unabhängig davon als vergleichbar gelten, ob der Endnutzer Schwankungen feststellt, die auf die verschiedenen inhärenten Merkmale des Mediums zurückzuführen sind, über das das Telekommunikationsnetz letztlich mit dem Netzabschlusspunkt verbunden ist (§ 3 Nr. 33 TKG).

5. Welche Verträge über die Mitnutzung sonstiger physischer Infrastrukturen sind vorzulegen?

- Vorzulegen sind Verträge über eine Mitnutzung sonstiger physischer Infrastrukturen für die Errichtung oder Anbindung von drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite.
- Sonstige physische Infrastrukturen sind entstehende, betriebene oder stillgelegte physische Infrastrukturen einschließlich Grundstücke und der darauf befindlichen Gebäude öffentlicher Stellen oder der Kontrolle dieser unterstehende sonstige physische Infrastrukturen, die in technischer Hinsicht für die Errichtung von drahtlosen Zugangspunkten mit geringer Reichweite geeignet oder zur Anbindung solcher Zugangspunkte erforderlich sind und bei denen das Recht zur Errichtung oder Stilllegung oder zum Betrieb von der öffentlichen Stelle abgeleitet oder verliehen wird (§ 3 Nr. 54 TKG).

Erfasst werden passive Infrastrukturen, wie zum Beispiel Fernleitungen, Leer- und Leitungsrohre, Kabelkanäle, Kontrollkammern, Einstiegsschächte, Verteilerkästen, Gebäude und Gebäudeeingänge, Antennenanlagen und Trägerstrukturen wie Türme, Lichtzeichenanlagen (Verkehrsampeln), öffentliche Straßenbeleuchtung, Masten und Pfähle, § 3 Nr. 45 TKG. Darüber hinaus kann auch sonstige physische Infrastruktur mitgenutzt werden, zum Beispiel Straßenmobiliar, öffentliche Straßenbeleuchtung, Verkehrsschilder, Lichtzeichenanlagen, Reklametafeln und Litfaßsäulen, Bus- und Straßenbahnhaltestellen und U-Bahnhöfe (§ 3 Nr. 54 TKG).

- Ein drahtloser Zugangspunkt mit geringer Reichweite ist eine kleine Anlage mit geringer Leistung und geringer Reichweite für den drahtlosen Netzzugang, die lizenzierte oder lizenzfreie Funkfrequenzen oder eine Kombination davon nutzt und den Nutzern einen von der Netztopologie der Festnetze

oder Mobilfunknetze unabhängigen drahtlosen Zugang zu Telekommunikationsnetzen ermöglicht, die als Teil eines Telekommunikationsnetzes genutzt werden und mit einer oder mehreren das Erscheinungsbild wenig beeinträchtigenden Antennen ausgestattet sein kann (§ 3 Nr. 12 TKG).

- Die Regelung betrifft insbesondere Miet- oder Pachtverträge oder Verträge, die im Zuge eines Betreibermodells geschlossen werden.

Nicht gemeint sind Kaufverträge über mitgenutzte sonstige physische Infrastrukturen.

6. Welche Verträge über die Gewährung eines offenen Netzzugangs (Open Access) sind vorzulegen?

- Vorzulegen sind Verträge über einen offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen.
- Telekommunikationslinien sind unter- oder oberirdisch geführte Telekommunikationskabelanlagen, einschließlich ihrer zugehörigen Schalt- und Verzweigungseinrichtungen, Masten und Unterstützungen, Kabelschächte und Kabelrohre, sowie weitere technische Einrichtungen, die für das Erbringen von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten erforderlich sind (§ 3 Nr. 64 TKG).
- Ein Telekommunikationsnetz ist die Gesamtheit von Übertragungssystemen, ungeachtet dessen, ob sie auf einer permanenten Infrastruktur oder zentralen Verwaltungskapazität basieren, und gegebenenfalls Vermittlungs- und Leitweeinrichtungen sowie anderweitigen Ressourcen, einschließlich der nicht aktiven Netzbestandteile, die die Übertragung von Signalen über Kabel, Funk, optische und andere elektromagnetische Einrichtungen ermöglichen, einschließlich Satellitennetzen, festen, leitungs- und paketvermittelten Netzen, einschließlich des Internets, und mobilen Netzen, Stromleitungssystemen, soweit sie zur Signalübertragung genutzt werden, Netzen für Hör- und Fernsehfunke sowie Kabelfernsehtzen, unabhängig von der Art der übertragenen Information (§ 3 Nr. 65 TKG).

Die Regelung betrifft zum Beispiel Miet- oder Pachtverträge sowie Verträge, die im Zuge eines Betreibermodells geschlossen werden.

Nicht gemeint sind Kaufverträge über Telekommunikationslinien oder -netze.

- 7. Zu welchem Zweck sollen die vorgenannten Verträge/Vereinbarungen an die Bundesnetzagentur übermittelt werden?**

 - Die Verpflichtung zur Vorlage der o.g. Verträge/Vereinbarungen an die Bundesnetzagentur ist für die rasche Herausbildung einer chancengleichen, diskriminierungsfreien und möglichst konsistenten bundesweiten Entscheidungspraxis erforderlich.
 - Die Übersendung der Verträge/Vereinbarungen ermöglicht der Bundesnetzagentur eine Übersicht zu den am Markt abgeschlossenen Verträgen/Vereinbarungen über die Mitnutzung passiver Netzinfrastruktur und sonstiger physischer Infrastruktur, die Koordinierung bei Baumaßnahmen sowie bezüglich des offenen Netzzugangs zu öffentlich geförderten Telekommunikationsnetzen. Dadurch wird die Streitbeilegungsstelle möglichst schnell mit den am Markt gefundenen und praktizierten Rahmenbedingungen vertraut gemacht.
 - Dies ist eine Grundvoraussetzung, um eine Praxis der ausgewogenen Streitbeilegung zu gewährleisten und Entscheidungen innerhalb der knappen gesetzlichen Entscheidungsfristen treffen zu können.
- 8. Was muss an die Bundesnetzagentur übermittelt werden?**

 - Der Bundesnetzagentur muss ein Exemplar oder eine Abschrift des geschlossenen Vertrages/der getroffenen Vereinbarung übermittelt werden.
 - Es genügt nicht, lediglich den Vertrags- / Vereinbarungsschluss als solchen anzuzeigen.
- 9. Was geschieht mit den übermittelten Verträgen/Vereinbarungen?**

 - Die Bundesnetzagentur behandelt alle Verträge/Vereinbarungen vertraulich und ausschließlich im Rahmen des gesetzlichen Zwecks.
 - Die Verträge/Vereinbarungen werden weder ganz noch auszugsweise veröffentlicht oder Dritten zur Kenntnis gegeben.
- 10. Bis wann hat eine Übermittlung an die Bundesnetzagentur zu erfolgen?**

 - Innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss der o.g. Verträge/Vereinbarungen.
- 11. Kann die Frist zur Übermittlung im Einzelfall verlängert werden?**

 - Eine Fristverlängerung ist im Einzelfall möglich.
 - Hierzu muss innerhalb der gesetzlichen Frist von zwei Monaten nach Vertragsabschluss/Abschluss der Vereinbarung eine Fristverlängerung beantragt werden.

12. Wie hat eine Übermittlung an die Bundesnetzagentur zu erfolgen?

- Die Übermittlung kann einfach elektronisch über das Kontaktformular der Internetpräsenz der Beschlusskammer 11 unter folgendem Link erfolgen: <https://www.bundesnetzagentur.de/tools/BK11/node.html>.

- Die Übermittlung kann außerdem per E-Mail elektronisch an mitnutzungsvertraege@bnetza.de

oder

postalisch an folgende Anschrift:
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Beschlusskammer 11
Postfach 8001
53105 Bonn
erfolgen.

- Die Anhänge bei einer elektronischen Übermittlung sollen als PDF-Datei angefügt werden. Nach Möglichkeit soll die Übermittlung in **einer** Datei erfolgen.
- Es können E-Mails mit einer maximalen Größe von 8 MB übermittelt werden.

Sollten Sie vorab noch Fragen haben, können Sie auch gerne telefonisch Kontakt zur Beschlusskammer 11 aufnehmen unter der Rufnummer 0228/14-4682.